

Pflegeschulen: Land soll Kosten tragen

Lösung vor 2020 gefordert / Kabinett mit Thema befasst

Von Karin Koslik

SCHWERIN In knapp anderthalb Jahren wird die Ausbildung in der Altenpflege überall in Deutschland kostenfrei sein – so sieht es das Pflegeberufereformgesetz vor. Doch in Mecklenburg-Vorpommern mehren sich die Stimmen derer, denen das zu lange dauert und die von der Landesregierung fordern, bereits vor 2020 aktiv zu werden. „Wir möchten, dass das Land schon zum jetzt beginnenden Ausbildungsjahr in die Kostenfreiheit einsteigt“, erklärt die Geschäftsführerin des Paritätischen, Christina Hömke. Auch im Landespflegeausschuss herrsche darüber weitgehend Einigkeit – nur das Sozialministerium habe sich bei einer Abstimmung in dem Gremium enthalten. Der Ausschuss habe seine Forderung auch in einem Schreiben an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) formuliert. Eine Antwort stehe noch aus.

Das Land könne sich die kostenfreie Altenpflegeausbildung leisten, dazu müsse man nur schauen, was alles aus dem Strategiefonds finanziert wird, so Hömke. Der Aufwand, der auf das Land zukäme, läge bei maximal 600 000 Euro, eventuell reiche auch schon die Hälfte. „Das ist überschaubar und finanzierbar“, findet Hömke. Ihre Sorge ist, dass Interessenten an einer Altenpflegeausbildung das Land verlassen und dorthin gehen könnten, wo sie jetzt schon von den Kosten befreit sind, nach Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein beispielsweise. Auch Hamburg werde die Altenpflegeausbildung kostenfrei machen, so Hömke.

Henning Kutzbach, Landesgeschäftsführer der Barmer, sieht noch ein anderes

Problem: „Ich fürchte, dass es bis 2020 sehr viel weniger Altenpflege-Azubis geben wird und Interessenten zum Beispiel mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr die Zeit überbrücken werden, bis die Ausbildung attraktiver wird.“

Auch sie sehe das Problem der „Zwischenausbildungsjahrgänge“ und sei deshalb bereits in Gesprächen mit ihren ebenfalls zuständigen Kabinettskollegen Birgit Hesse (SPD) und Harry Glawe (CDU), so Sozialministerin Stefanie Drese (SPD). „Um die Ausbildung an privaten Schulen komplett von Schulgebühren zu befreien, müssen wir u.a. das Schulgesetz ändern und Finanzierungslösungen finden. Das muss natürlich im gesamten Kabinett besprochen werden.“

Es sei bereits fünf nach zwölf und allerhöchste Zeit, dass die Landesregierung diesen Schritt endlich macht, so der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplín. „Meine Fraktion fordert seit Jahren, dass das Schulgeld in der Pflegeausbildung endlich abgeschafft werden muss.“ Die Anträge wurden jedoch bislang mit Verweis auf den Bund mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. „Frau Schwesig, handeln Sie!“, fordert er jetzt.

Sozialministerin Drese sieht indes auch die Pflegekassen und Arbeitgeber in der Pflicht, mehr für die Ausbildung zu tun. Das Diakoniewerk Neues Ufer habe beispielsweise einen Stipendienfonds aufgelegt, aus dem Azubis ein Jahr lang Unterstützung erhalten können für Schulgeld, Anmelde- und Prüfungsgebühren. „Wir brauchen mehr solcher Initiativen, um genügend Nachwuchs für den Pflegebereich zu finden“, so Drese.